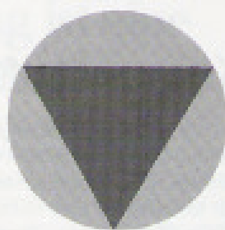
DM 1,–

# DER BREMER ANTIFASCHIST

Landesverband der VVN/Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

April 4/95



# Beherzigt die Lehren des 8. Mai 1945

Die bedingungslose Kapitulation der Hitler-Wehrmacht am 8.Mai vor 50 Jahren bedeutete auch für Deutschland:

Befreiung von Nazi-Diktatur, Terror und Krieg.

Gegner und Verfolgte des Nazi-Regimes, aus Konzentrationslagern und Zuchthäusern, aus Untergrund oder Exil, die in unsere zerstörte, aber befreite Heimat zurückkehrten, Gegner und Verfolgte des Nazi-Regimes, die der Ideologie und Politik des Nationalsozialismus widerstanden haben, waren sich, trotz aller Unterschiede der Herkunft, Anschauungen und Ziele einig:

**„Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!"**

Die Befreiung vom Nationalsozialismus war von grundlegender Bedeutung für unser aller Leben und Zukunft.

Die Niederlage der Nazis, die Befreiung von nationalsozialistischer Diktatur, von Terror und Krieg, schuf die Voraussetzung für den demokratischen Neubeginn.

Es ging den Frauen und Männern der ersten Stunde darum, den Schutt aus unseren Städten und aus den Köpfen der Menschen zu räumen, ein besseres Deutschland aufzubauen, ein Deutschland der demokratischen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Friedfertigkeit, ein Deutschland der Menschenwürde und der gesicherten Menschenrechte für alle.

Das erforderte damals und erfordert auch heute,

- nichts mehr zuzulassen, was zu Naziherrschaft und Krieg geführt hat;
- alles zu unterbinden, was zu einer Neuauflage nazistischer Gewalt und Diktatur, in welcher Gestalt auch immer, führen könnte.

Unvorstellbar war damals,

- daß jemals wieder in unserem Lande alte und neue Nazis Einfluß gewinnen und sich breitmachen können,
- daß sie erneut Haß, Gewalt und Terror gegen Andersdenkende und gegen Minderheiten anwenden können,
- daß Rassismus und Antisemitismus wieder zur Bedrohung werden könnten.

Unvorstellbar war damals,

- daß deutsche Soldaten jemals wieder in fremden Ländern marschieren und schießen würden.

Heute, 50 Jahre später, erinnern wir daran, welches Unheil der Nationalsozialismus über Europa und über unser Land gebracht hat.

Wir erinnern daran, daß nur die Befreiung den Weg zu einem Neubeginn öffnete.

Und wir erinnern an die Ideen und Ideale des Aufbruchs von 1945, die auch heute noch gültig sind:

Frieden, Freiheit, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Toleranz, Humanität und Menschenrechte für alle durchzusetzen und zu sichern.

Wir rufen dazu auf:

**Beherzigt die Lehren von 1945.**

**Handelt aus Verantwortung für die Zukunft.**

**Unterstützt alle Aktivitäten zum 50.Jahrestag der Befreiung.**

**Macht den 8. Mai zum Antifaschistischen Gedenktag.**

## Befreiung

Aus dem „Aufbau", Organ der Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KgF)

„Der Aufbau einer neuen Ordnung darf kein ‚Wiederaufbau' sein...Mit Wut und Trauer gedenken wir der Toten! Ihr Sterben soll uns Gelöbnis sein, eine Welt zu bauen, die eine Wiederkehr dieses Wahnsinns unmöglich macht" (1) „Wir dürfen nicht vergessen, daß der Nazismus nur mit Hilfe von Kreisen des reaktionären Monopolkapitals und Großgrundbesitzes zur Macht gelangen konnte"(2) „Versagt hat sowohl bei freiheitlich gesinntem Teil des Bürgertums, wie bei der Arbeiterschaft die Führung" (3)

"Der unheilvolle Geist der Untertanendemut und des beschränkten Untertanen-verstandes, des blinden Gehorchens, der subalternen Hoffnung auf die Weisheit und Fürsorge des ‚Vorgesetzten', die feige Gedankenlosigkeit, waren die Wurzeln, aus denen das ‚Dritte Reich' erwuchs" (1) „Wirkliche Demokratie gibt es nur, wenn die breite Volksmasse ständig wachsam ist und stets kämpferisch die demokratischen Volksrechte gegen alle Kräfte verteidigt, die unter dem Mantel demokratischer Rechte und Anwendung rein formaler Demokratie diktatorische Ziele verfolgen und eine reaktionäre Politik betreiben." (2)

(1) „Aufbau" Nr.1 vom 6.Mai 1945

(2) A.Schwab, „Aufbau" Nr. 6 Juli 1945

(3) „Aufbau" Nr.4 vom Juli 1945

## Wir laden ein:

Am Freitag, den 28. April 1995, um 19.30 Uhr, im Kultursaal der Angestelltenkammer: Bachtstraße/Ecke Bürgerstraße

**Vor 50 Jahren**

**– einen Tag nach der Befreiung Bremens begann die Kampfgemeinschaft gen den Faschismus (KgF)**

und die erste Zeitung vom 6. Mai 1945

**„Der Aufbau"**

**Sie schrieb das 1. Kapitel**

Fragen: Bremen, ein Trümmerhaufen, was tun? Noch größer waren die geistigen Trümmer! Wie lösen? Waren die Ziele zu erreichen?

**Dem Vergessen entreißen – Die Zukunft gewinnen!**

VVN-BdA Bremen e.V.
Angestelltenkammer und andere

# Keine deutschen Soldaten nach Bosnien-Herzegowina

Die CDU-geführte Bundesregierung versucht seit 1990 mit normsetzenden Fakten die internationale Rolle Deutschlands primär militärisch festzulegen. Eine demokratische Diskussion über dieses existentielle Problem – nicht nur der Deutschen! – fand nicht statt. Schrittweise wurde das Friedensgebot des Grundgesetzes untergraben und die Teilnahme an Kampfeinsätzen gegen den mehrheitlichen Volkswillen vorbereitet.

Es war die Bonner Generalität, die eine weltweite expansive Interessen-Definition und eine militaristisch dominierte „Sicherheitpolitik" vorgab. In den „Neuen verteidigungspolitischen Richtlinien" von 1991 und 1992 sind globale Eingriffsziele anvisiert unter bewußter Ignoranz von Völkerrecht und Nato-Vertrag. Es war putschistisches Verhalten! Die Regierungskoalition übernahm das militaristische Konzept in ihren Gesetzesentwurf vom 15.1.1993. Getarnt als „Friedenserzwingung" im Namen der „Humanität" schließen sich deutsche Soldaten in die Gemeinschaft der Völker!

Gegenwärtig bereitet die Bundesregierung mit Tornado-ERC-Flugzeugen und ca. 2.500 Soldaten militärische Kampfeinsätze in Bosnien-Herzegowina vor. Statt den labilen Frieden mit zivilen Mitteln festigen zu helfen und Rüstungsexporte zu unterbinden, schafft man neue Voraussetzungen für Kriegsteilnahme „out of area". Als ob man Krieg durch Krieg überwinden könnte! Um öffentliche Akzeptanz herzustellen, wird wahrheitswidrig behauptet, „nur deutsche Kampfflugzeuge" könnten die serbische Flugabwehr zerstören. Tatsächlich verfügen auch Frankreich, England, Italien und die USA über derartiges Vernichtungsgerät. Die USA setzten dies auch im November 1994 in Bosnien ein. Experten stellen fest, daß deutsche Tornados elektronisch relativ schlechter ausgerüstet sind, daß man Verluste und Opfer riskiert, nur „um dabei zu sein" beim Kriegsführen. Auch Teile der SPD-Führung unterstützen diese „Herstellung der Normalität". Sie werden mitschuldig!

Über den Abzug der Blauhelme und dessen militärische Absicherung redet man vor allem in Bonn, anderswo viel weniger! Dazu müßten nämlich ca. 50.000 Soldaten ins Kampfgebiet. Der Krieg würde ausgeweitet, und die Zahl der Toten nähme sprunghaft zu. Bonn will militärische Stärke demonstrieren ohne Rücksicht auf Verluste! Die Bundesregierung schiebt eine nicht existente Bündnisverpflichtung und angebliche Hilfsmaßnahmen vor, um sich in Ex-Jugoslawien ohne Rücksicht auf historische Schuld dortselbst militärisch einzumischen. Die Art und Weise, in der Bonner- und Nato-Militärs die deutsche Kriegsteilnahme in Bosnien-Herzegowina einzuleiten versuchen zeigt, wie die Außenpolitik weiter militarisiert wird. Parlamentarische Gremien bleiben ausgeschaltet, bis vollendete Tatsachen geschaffen sind. Nicht durch Verhandlungslösungen soll Frieden geschaffen und gesichert werden, völkerrechtswidrig wird Krieg eskaliert.

Unter diesen Voraussetzungen erklärt und fordert die VVN-BdA Bremen:

- Kein Staat ist aufgrund seiner Geschichte mehr gefordert als Deutschland, mit ausschließlich friedlichen Mitteln Außenpolitik zu betreiben. Deutschland darf nicht wieder Militärmacht werden! Es muß anderen gute Beispiele für vorbeugende Konfliktregelung bieten!
- Der Bürgerkrieg in Ex-Jugoslawien, speziell in Bosnien-Herzegowina, ist durch deutsche Schuld eskaliert. Deutsche Streitkräfte dürfen das Blutvergießen nicht weiter steigern! Keine deutschen Tornados, keine Truppen, keine Marineeinheiten in die balkanische Region!
- Der Waffenexport ins balkanische Kriegsgebiet – an dem auch Deutsche profitieren! – ist unverzüglich einzustellen! Humanitäre Hilfe ziviler Kräfte ist gefordert!
- Die Diskussion über eine friedensfestigende Rolle Deutschlands in der Weltpolitik sollte endlich in demokratischer Weise geführt werden! Die Staatsgewalt hat vom Volke auszugehen!
- Die Nato als Produkt des Kalten Krieges hält aus Existenzgründen an militärischer Gewaltanwendung fest. Sie ist aufzulösen! Parasitäre Rüstungskosten sind für soziale Zwecke zu verwenden!

Wir appellieren an alle friedensorientierenden Kräfte, die gegebenen Möglichkeiten zu nutzen, um die Bonner Militärpolitik zu überwinden.

**Widerstand gegen die Bonner Militärpolitik ist erste Bürgerpflicht!**

# Massaker bleibt ungesühnt

Weserkurier vom 2.3.95

Der Freispruch des Leutnants Wolfgang Lenigk-Emden gleicht in seiner Tendenz dem Deckert-Urteil. Es gibt keine Verjährung für Nazi- und Kriegsverbrechen, die nachweisbar Mord sind. Das vom Bundestag beschlossene Gesetz, die Verbrechen des Naziregimes zum 31.12.79 endgültig verjähren zu lassen, löste einen internationalen Protest aus. Die in der FIR zusammengeschlossenen Verbände des Widerstandes Europas und Israels demonstrierten dies am 22.4.78 in Köln und am 22.4.79 in Strasbourg. Am 2.2.79 forderte das Europa-Parlament mit großer Mehrheit Regierung und Parlament der BRD auf, Verbrechen des Nazi-regimes nicht verjähren zu lassen. Der Bundestag ignorierte den internationalen Protest und beschloß, Mord allgemein nicht verjähren zu lassen. Artikel 139 des Grundgesetzes und die entsprechenden deutschen und alliierten Gesetze sind nach wie vor in Kraft, wie auf Anfrage am 20.5.84 Staatssekretär Dr.Fröhlich dem Bundestag mitteilte (BT-Drucksache 10/1440).

Das Urteil ist unverzüglich aufzuheben, sollen die Ermordeten nicht noch einmal umgebracht werden.

Willy Hundertmark

(red.Anm. Der damals 20jährige Leutnant hatte am 13.10.43 bei Calazzo/Neapel 22 Männer, Frauen und Kinder erschießen lassen, bzw. mit Handgranaten und Schußwaffen selbst ermordet. Das jüngste Opfer war 3, das älteste 77. Frauen und Kinder, die ersten „Verhafteten" gefolgt waren, wurden gleich miterschossen. Abends folgte ein Rachefeldzug ohne Befehl, dem Angehörige von 4 Familien zum Opfer fielen, eine 16jährige wurde verstümmelt aufgefunden. Lehnigk lebte wegen eines Schreibfehlers in den Militärakten unbehelligt in Rheinland-Pfalz. Von 1000 Wehrmachtsurteilen in Italien strafte keines Morde an Zivilisten. Hitlers „Banden"erlaß von 1941, selbst Frauen und Kinder nicht zu schonen, galt offenbar auch in Italien. Das BSozialG stufte die Wehrgerichtsbarkeit als Vollzugsorgan des NS-Staates ein, Das LG Koblenz erkannte Lehnigh-Emden „niedrige Beweggründe" zu, der BGH unterstellte, daß seine Untat „gegen alle Schranken der Menschlichkeit" verstoße. Fragt sich, warum die deutsche Justiz sich für eine Verurteilung Erich Mielkes dermaßen stark macht, das sollte doch wohl auch verjährt sein nach diesem Muster. Allerdings auch dies: Besatzung, Staat und Kirche blieben nach 1945 untätig, auch in Italien. Über Nacht verschwand die Gedenktafel.

(Ray)

## Im April 1945

„Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zu seinem primitiven Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil es ist besser, diese Dinge selbst zu zerstören. Denn das Volk hat sich dann als das Schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrig bleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen."

Adolf Hitler gegenüber Albert Speers Einwänden zum Vernichtungsbefehl (nach Paul Sethe, Deutsche Geschichte im letzten Jahrhundert, Ffm 1960, S.392)

# Abschied von Horst Hackenbroich

Am 28. Februar schloß er nach kurzer, schwerer Krankheit für immer seine Augen. Der Verstorbene hat – eingedenk seiner eigenen bitteren Erlebnisse und Erfahrungen während der Nazizeit – bewußt im Sinne dieser Worte Nikolai Ostrowskis und im Sinne des Schwurs von Buchenwald: „Nie wieder Krieg und Faschismus" in den Jahren nach 1945 sein Leben gestaltet. Das wollen wir würdigen.

Erschüttert erlebte Horst Hackenbroich die Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, als SA-Horden über die jüdischen Geschäfte herfielen, sie verwüsteten und deren Besitzer abführten. In seinen Erinnerungen schreibt er: „Ich fuhr am nächsten Morgen zu meiner Arbeitsstelle in die Stadt. Das Bild werde ich nie vergessen. Ich bin am Doventor ausgestiegen. Die Gehsteige waren bis auf die Fahrbahn hinaus übersät mit Glasscherben. Streckenweise watete man förmlich im Glas. Das fing beim großen Kaufhaus Bamberger an, wo fast keine Scheibe mehr heil war."

Im Zuge der zunehmenden Repression gegen jüdische Mitbürger gab die Familie Hakkenbroich das Fischgeschäft auf, betrieb aber bis 1940 noch den Fischstand auf dem Wochenmarkt. Sohn Horst wurde 1941 bei der Familie Leffers eingestellt, obwohl er erwähnt hatte, daß er Halbjude sei.

Am 7. Juli 1943 wurde er von der Gestapo zwecks „Erörterung" vorgeladen. Er wurde ohne jede Begründung inhaftiert und nach zwei Monaten mit einem Gefangenentransport unter menschenunwürdigen Bedingungen nach Buchenwald ins Konzentrationslager gebracht.

Mit Tritten und Ohrfeigen trieben die SS-Bewachungsmannschaften die Neuankömmlinge ins Lager. Nach der Methode: „Vernichtung durch Schwerstarbeit" wurden sie, besonders in den ersten Wochen, bei Arbeiten im Steinbruch und beim Bau der Entwässerungsanlagen eingesetzt. Jeden Tag starben Häftlinge infolge totaler körperlicher Erschöpfung. Andere wurden durch die ständigen Quälereien in den Tod getrieben oder von der SS umgebracht. Dann hieß es lakonisch: „auf der Flucht erschossen."

Wurde Horst Hackenbroich später gefragt, wie er diese Zeit überstanden habe, dann berichtete er von der Solidarität durch die politischen Mithäftlinge, unter ihnen besonders der Kommunisten; von der Rolle des internationalen Lagerkomitees und der – trotz aller Schickanen und Kontrollen der SS – aufgebauten Selbstorganisation der Häftlinge. Dadurch kam es schließlich am 11. April 1945 zur Selbstbefreiung Buchenwalds durch Lagerinsassen. Die im Lager noch verbliebenen SS-Leute wurden in wenigen Minuten überwältigt und der Lagerälteste verkündete: „Kameraden wir sind frei!"

In einer Broschüre, die vom Arbeitskreis der Immanuel-Gemeinde und der Kulturinitiative „Brodelpott" erarbeitet wurde, sagt er: „Ja, das Wort: Kameraden wir sind frei, hallt mir noch heute in den Ohren." Und als es dann in er Nacht zum 27. Mai endgültig nach Hause ging, „das war unbeschreiblich. Wir fühlten uns wie neugeboren."

Bremen und besonders der Bremer Westen waren eine einzige Trümmerstätte. Vom Elternhaus war nichts geblieben. So fanden die Hackenbroichs zunächst nur notdürftig Unterkunft. Horst hatte sich bei der Stadt um eine Anstellung beworben. Er wurde als ehemaliger KZ-Häftling sofort angenommen und im Wohnungsamt eingesetzt. Hier hat er dann 15 Jahre gearbeitet und, vor allem in den ersten Jahren, viel geleistet, um den außerordentlich geringen Wohnraum sozial gerecht unter den Zehntausenden Wohnungssuchenden zu vermitteln.

Er liebte es vor kleinen Gruppen interessierter Menschen – oftmals waren es Schulklassen – als Zeitzeuge aus seinen persönlichen Erlebnissen in der Nazizeit zu berichten und davon ausgehend, seine Meinung zum aktuellen Geschehen und seine antifaschistischen und sozialistischen Auffassungen darzulegen. Ohne Pathos und falsches Heldentum und ohne Besserwisserei.

Lange Jahre war Horst Hackenbroich Mitglied des Landesvorstandes der VVN/BdA. Seit der Gründung des halbamtlichen „Ausschusses für vergessene Opfer des Naziregimes" am 1.1.1989 war er bis zuletzt dessen stellvertretender Vorsitzender.

Aus der Trauer-Rede von Herbert Breidbach

# Aufschwung oder Scherbenhaufen?

Wo leben wir eigentlich? Wo man hinblickt, kriselt es. Aber die politisch Verantwortlichen reden von Aufschwung. Und für wen? Das sagen sie nicht laut. An ihren Taten muß das gemessen werden. Vor der Bundestagswahl im Oktober 1994 wurde ein „blühendes Land" versprochen. Doch wie siehts damit aus? Der „Weserkurier" schrieb am 13. 1. 95: „1994 brachte höhere Arbeitslosenzahlen". Wenige Tage später: „Arbeitslosigkeit wächst weiter". Noch ist kein Ende abzusehen.

Die Begründung aus Nürnberg lautet: „Anstieg ist vor allem jahreszeitlich bedingt". Stimmt das? Das ist noch nicht einmal die halbe Wahrheit. Die laufende Streikbewegung lehrt was anderes. Und der DGB-Vorsitzende Schulte vertrat vor der Bundestagswahl mit Recht den Standpunkt, daß „ein politischer Wechsel" in Bonn notwendig ist. Leider war das nicht der Fall. Der CDU-Generalsekretär Peter Hintze hatte die Bewertung des DGB-Vorsitzenden als „unzutreffend" bezeichnet. Verständlich für Vertreter von Kapital und Kabinett.

Die Geschichte ist aber ein unbarmherziger Richter! Sie präsentiert unwiederlegbare Rechnungen. Wenn das dem Herrn Hintze auch weh tut. Das mußten sogar Adenauer und Erhard zur Kenntnis nehmen. Die von ihnen gepriesene krisenfreie Wirtschaftsentwicklung mit kontinuierlichem Wachstum ist doch wie ein Scherbenhaufen zusammengebrochen. Das dürfte auch ihren Erben Kohl, Hintze und Blüm spätestens seit 1966/69 bekannt sein. Das war die Zeit der ersten Wirtschaftskrise in der BRD. Sie brachte zunehmende Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und, damit eng verbunden, deutliches Absinken des Lebensstandards.

Die Koalition von CDU/CSU und FDP erwies sich als unfähig, die Krise zu lösen. In dieser Situation kam den politisch und wirtschaftlich Herrschenden in Bonn eine Große Koalition, bestehend aus CDU/CSU und SPD, wie gewünscht. In der Tat hatte die SPD-Spitze auch darauf gewartet. Für die wirtschaftlich Herrschenden konnte es keine bessere Lösung geben.

Und warum? Einfach deshalb, weil die SPD-Spitze großen Einfluß auf die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften hatte und dadurch größere Auseinandersetzungen verhindert werden konnten. Die Tragik bestand nur darin, daß nicht der Antifaschist und SPD-Vorsitzende Willy Brandt Kanzler wurde, sondern der bereits von Adenauer in die CDU aufgenommene schwarz-lackierte, aber tiefbraune Dr. Kurt Georg Kiesinger, von dem bekannt ist, daß er bereits im Außenministerium des NS-Reiches als Verbindungsmann zum Nazi-Propagandaminister Göbbels tätig war.

Zu den folgenschwersten Maßnahmen jener Zeit 1966/69 zählen die Notstandsgesetze. Sie schufen wirkungsvollere Möglichkeiten zur Unterdrückung oppositioneller Kräfte und Bewegungen. Die neonazistische NPD nahm gerade zu dieser Zeit einen großen Aufschwung. Es wäre zu hoffen und zu wünschen, daß die Unzufriedenen innerhalb der SPD und andere daraus Schlußfolgerungen für die Gegenwart ziehe.

Alois Engel

# Der Orlet vor Gericht?

Die Fraktion der SPD im Landtag von Baden-Württemberg hat zwei „Experten" beauftragt zu prüfen, ob der Mannheimer Richter auf Beschluß des Landtages – wegen seiner Neonaziäußerungen im Fall Deckert auch in der Öffentlichkeit – vor dem Bundesverfassungsgericht angeklagt werden kann. Ziel ist seine Entlassung. Wenn die Experten ja sagen, wäre es das erstemal, daß ein unabhängiger Richter bestraft würde.

D.O.

# Gedenken zum 8. Mai 1945

Ich denke natürlich auch an den 8. Mai 1995. Was könnte man an diesem Tage denken oder sagen? Soll man all das Schreckliche aus dem Gedächtnis wieder herausholen, was man erlebt hat, damit es den neuen Generationen Schrecken einjagen und sie veranlassen kann, ähnliche Schreckenszeiten unter allen Umständen zu vermeiden? Soll man von den Ursachen der Weltkriege sprechen und den Gründen, die die Schuldigen veranlaßt haben, diese Kriege, Verbrechen und Tragödien zu beginnen?

Als ich 1946 wieder frei war und aus der Kriegsgefangenschaft entlassen, da hatte ich wie im Kriege nur einen Wunsch: Ich muß überleben und wieder in normale Lebensverhältnisse hineinkommen. Damals, in den Konzentrationslagern und auch an der Ostfront hörte man öfter den Satz: „Es ist unbedingst notwendig, daß Leute von uns überleben, um davon zu erzählen, was wir durchgemacht haben! Man muß schreien, alles herausschreien!" Aber man konnte ja nicht wissen, daß die meisten Überlebenden doch irgendwie einen kleinen Knacks davongetragen hatten oder traumatisiert waren oder die Tatsache ihres eigenen Überlebens irgendwie als eine Schuld empfanden. So verrammelten manche die Tür der Erinnerungen, denn man wollte doch neu anfangen, wieder ins Gleichgewicht kommen. Und heutzutage?

Die Erinnerung an diesem 50jährigen Gedenktag wird unfruchtbar sein, wenn man nicht ganz laut schreit, daß jedes Menschenleben wertvoll ist. Man müßte am 8. Mai 1995 laut schreien, daß die Menschen zu schnell vergessen. Daß Hitler schon 21 Jahre nach dem ersten Weltkrieg einen zweiten Weltkrieg entfachen konnte. Obwohl 90 % der Bevölkerung zu christlichen Kirchen gehörte und christlich getauft war. Es gab humanistische Gymnasien und Zivilisation, Kunst und Kultur und schöne Literatur. Und doch wurde beschlossen, die Juden, „Zigeuner" und die lebensbehinderten „unnormalen" Menschen auszumerzen. Trotzdem wurden unschuldige Männer, Frauen und Kinder massenweise in Krematorien verbrannt, und niemand hat geschrien oder nur wenige.

25 Konzentationslager wurden organisiert für rassisch und politisch verfolgte Leute, dazu die Wehrmachtsgefängnisse und große Judenverhaftungen und Deportationen aus den besetzten Ländern. Die Hitlerdiktatur in den besetzten Ländern erweckte eine Gegnerschaft und einen Widerstand in der Zivilbevölkerung, die man niemals so im ersten Weltkrieg gekannt hatte. Niemals vorher hat man eine so große Feindseligkeit gegen deutsche Besatzung und Soldaten feststellen können. Der Strafvollzug, die Gerichtsverhandlungen, Dr. Freisler und die Volksgerichtshöfe, die Verhaftung der „Wehrkraftzersetzer", weil sie kritische Schriften verteilt, sich kritisch geäußert oder Feindsender gehört hatten. Die Organisation von 25 Konzentrations- und Ausrottungslagern, wo bstimmt 1,5 Millionen Menschen ums Leben kamen, sollte vollkommen „unter Ausschluß der Öffentlichkeit" vor sich gegangen sein? Aber es war doch viel Wachpersonal usw. nötig, das doch alle Heimaturlaub bekam. Und alle die Eisenbahnzüge, die alleine von Frankreich viele Tausende von Juden und politisch verfolgten Verdächtigen oder Angeklagten in die Lager transportierten?

Die Eisenbahner hatten auch Heimaturlaub. Und das Personal der Volksgerichtshöfe, wo die Menschen wegen Hören eines Feindsenders zum Tode verurteilt wurden. Es gab so viele Gelegenheiten, wo man hätte schreien sollen. Warum haben diese Leute nie geschrien?

Wenn wir damals nicht geschrien haben, würden wir heute in ähnlicher Situation schreien? Es gibt ja noch andere Tagödien heutzutage, wo man heute wieder neu schreien müßte: der Waffenhandel, die Ausplünderung der Rohstoffe, die Atombomben, die Hungersnöte, die Kriegsherde, die Rüstung, die Arbeitslosigkeit, die Ursachen der Überschwemmungen, die Umweltverschmutzung. Wer damals 1934 bis 45 schrie, riskierte sein Leben. Wer heute schreit, wird zum extremen Spinner und Utopisten erklärt. Und heute gibt es doch auch neue Gelegenheiten, wo die Menschen schreien müßten, weil unschuldige Frauen und Kindern Hunger sterben oder durch Granaten zu Tode kommen.

Franz de Beaulieu

# Mahnen und nicht vergessen

8. Mai 1995 – Bremer Erklärung zum 50. Jahrestag der Beendigung des 2. Weltkriegs und der Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur (Gedenkveranstaltung am 8.5.95 um 16.30 Uhr Marktplatz)

Am 8. Mai 1995 blicken wir in die Vergangenheit. Vor 50 Jahren, am 8. Mai 1945, wurde die Nazi-Diktatur besiegt. Opfer von Militarismus, Rassismus und Terror deutscher Faschisten und ihrer Helfer sind mehr als 50 Millionen Kriegstote, sind mehr als 6 Millionen Juden, sind Abertausende Sinti und Roma, sind ungezählte Christen und Humanisten, Kommunisten, Sozialisten und Gewerkschafter, Homosexuelle und Menschen mit Behinderungen, sind Andersdenkende, Andersglaubende und Andersaussehende. Der größte Massenmord in der Geschichte wurde durch Deutsche begangen. Er wurde möglich und vorbereitet mit massiver Unterstützung durch Industrie und Großkapital und begleitet vom lauten und leisen Beifall weiter Teile der Bevölkerung. Aber er wurde auch deswegen möglich, weil den Anfängen nicht gewehrt wurde und der politische Mut zu Humanität und Antifaschismus zu spät und zu schwach war, um die Macht der Mordbürokratie anzuhalten.

Am 8. Mai 1995 blicken wir auf die Gegenwart. Rassismus und Terror leben in Deutschland wieder auf. Schon wieder werden in Deutschland Menschen diskriminiert und verfolgt, Juden und Schwarze, Sinti und Roma, Bürger ausländischer Nationalität, Asylsuchende und Obdachlose, Homosexuelle und Menschen mit Behinderungen, Andersdenkende, Andersglaubende und Andersaussehende. In den letzten 5 Jahren sind fast 100 Menschen von rechtsextremistischen Gewalttätern ermordet worden. Die Morde wurden möglich in einem von Politik und Medien miterzeugten Klima der Intoleranz und der Fremdenfeindlichkeit. In Teilen der Bevölkerung finden Ausgrenzung und Rechtsextremismus wieder lauten und leisen Beifall. Aber es wächst bei anderen Menschen in Deutschland jetzt auch der politische Mut zu Humanität und Antifaschismus, finden immer mehr Menschen gegen Rechts als politische Kraft zusammen.

Am 8. Mai 1995 blicken wir in die Zukunft. Aus der Geschichte wissen wir, daß eir soziale und lebendige Demokratie fortschrittliche Gesetze und deren konsequente Anwendung braucht. Wir und alle anderen Menschen gegen Rechts fordern von Politik und Gesellschaft und von jedem einzelnen, diesmal den Anfängen zu wehren, nicht noch einmal in Deutschland und anderswo Faschismus, Rassismus und Terror zuzulassen, sondern Andersdenkende, Andersglaubende und Andersaussehende davor zu schützen, im Schatten von Politik und Gesellschaft diskriminiert, verfolgt, ermordet zu werden. Wir müssen jetzt die Vereinzelung und Entsolidarisierung der Gesellschaft überwinden und die demokratischen und sozialen Rechte derjenigen Menschen besonders stärken, die schwach und bedroht sind. Wir müssen gegen Rechtsextremismus und Fremdenhaß offen eintreten, wir müssen Demokratie und Toleranz, Humanität und Antifaschismus offen vorleben.

(Menschen gegen Rechts)

# Pannen

Faschisten haben sich in (West-)Berlin wohl in verschiedene Parteien eingeschlichen. Die Junge Union dort hat am 21. Februar die Aufstellung eines Shoa(Holocaust)Denkmals abgelehnt. In einer Presseerklärung verbreitete ihr Landesgeschäftsführer unter der Überschrift „Kein Judendenkmal am Potsdamer Platz," die Auffassung, „an so exponierter Stelle" müsse „eine sinnvollere Nutzung gefunden werden." Ausreichend Mahn- und Gedenkstätten gebe es ja in Berlin. Dorn wurde im Amt bestätigt. Die Bezirksversammlung Steglitz hatte unlängst eine Spiegelwand zur Erinnerung an deportierte jüdische Berliner mit den Stimmen von CDU und FDP abgelehnt. Ignatz Bubis: solche Töne sei er bisher „nur von Nationaldemokraten gewohnt."

Drei Tage später wurden die FAP und in Hamburg die NL von den Innenbehörden nach dem Vereinsrecht verboten. In neun Bundesländern wurden Wohnungen und Büros durchsucht, Vereinsbesitz beschlagnahmt. In Hildesheim fand sich ein umfangreicher Briefwechsel mit dem ausgewiesenen Polacek. Informierten Polizeikreisen zufolge waren die Aktionen vorab bekannt. Das Bundesverfassungsgericht hatte im November seine Unzuständigkeit erklärt, FAP und NL wirkten nicht wirklich an der politischen Willensbildung mit.

Die Lageskizze mit den Standorten der Tatbeteiligten, die Markus G. für den Solingen-Prozeß angefertigt hatte, ist verschwunden. In den Akten findet sich eine andere Skizze. Kaffee soll über das Original geflossen sein. Pannen der Ermittler führten auch in Lübeck dazu, daß die Anklage prozeßverlängernd wirkt. Zwei der vier Angeklagten widerriefen ihr Geständnis und entlasteten einen dritten.

Richard Keßler

# Die alte Masche

Das ist doch eine jahrzehntelange Erfahrung, wenn die Gewerkschaften 6 % erreichen wollen, dann müssen mindestens 8, wenn nicht sogar 10 % gefordert werden. Da inzwischen andere Verbände ebenfalls um die 4 herum abgeschlossen haben, wird die Urabstimmung der Metaller in Bayern sicher davon beeinflußt. Unabhängig vom weiteren Gang der Entwicklung, gilt doch die Erfahrung von mehr als hundert Jahren Gewerkschaftsarbeit, diese gewinnen immer dann, wenn sie sich energisch für die sozialen und gewerkschaftlichen Rechte einsetzen. Die Verluste des DGB nach der Einheit Deutschlands sind nicht alleine der Fehleinschätzung der Entwicklung zuzuschreiben. Sie sind auch das Ergebnis des Versagens einer Gegenwehr, gegen den Kahlschlag der DDR-Wirtschaft. Erst sehr langsam hat es gedämmert, hier wird aus ganz gewöhnlichen kapitalistischen Interessen gehandelt. Es ist noch einmal zu betonen: Statt Strukturdebatten in den Gewerkschaften sind Strategien für die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu entwickeln. Die Auftragsbücher sind voll, und an den Börsen werden die horrenden Gewinne der Banken verspielt. Wir brauchen uns doch nicht der Gewinne zu schämen, sagte der Bankier und strich 16,50 DM plus 3 DM Dividende für die 50.-DM-Aktie ein. Bremen, meldete dsp, sei die siebtreichste Stadt in D. Gemessen an den Millionären ja, gemessen an den Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern ist unsere Stadt eine der ärmsten. So ist das.

Willy

# Bildung ist eine Schönheit

Unter diesem Titel veröffentlicht der Donat Verlag Zeugnisse und Thesen des Publizisten, Redners und Lehrers, des Psychologen und Philosophen THEODOR LESSING (1872-1933). Er war Begründer der ersten Arbeiterunterrichtskurse 1904 in Dresden und Mitbegründer der Volkshochschule 1919 in Hannover. Schon 1923 warnte er vor der Gefahr des Faschismus. Seine Prozeß-Berichterstattung im Fall Haarmann 1924 vertrieb ihn von der TU Hannover. 1925 warnte Theodor Lessing vor der Wahl Hindenburgs. 1930 bezweifelte er, ob Deutschland „wirklich ein demokratisch republikanisches Deutschland" ist. Er ging nicht den Weg eines Noske, der darum bettelte, im Amt gelassen zu werden, da er eh bald die Pensionsgrenze erreichen werde. Nicht unbedacht wurde Theodor Lessing am 30. August 1933 Opfer eines politischen Mordes im Ausland. Im März 33 schon hatte man seine Bücher mit Jauche übergossen. Aus dem Marienbader Exil berichtete er von der Folterung jüdischer Einwohner von Seesen und Holzminden. Er hatte das Talent, „das extrem zu sagen, was er sah," schrieb Arnold Zweig.

Jörg Wollenberg ist für Forschungsarbeiten und die umfangreiche Würdigung im Vorwort zu danken.

Wilhelm Henkel

# Wir gedenken

Georg Bauer, geb. 17.4.1903, Textilgewerkschafter, Mitglied des KJVD und seit 1925 der KPD. Am 7.9.35 wurden er und 5 Freunde verhaftet und vom OLG Hamm zu 2 1/3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Am 30. 11. 42 wurde er zu den 999ern verpflichtet und fiel wahrscheinlich am 10. 4. 45 in Jugoslawien.

## bitte melden!

Wir möchten darauf hinweisen, daß sich Interessenten im Büro oder bei Hundertmarks anmelden können für eine Fahrt zur Gedenkstätte Sandbostel mit VVN/BdA und DFG/VK am Himmelfahrtstag 25. Mai 95.

KONSERVATISMUS/ RECHTSEXTREMISMUS historisch-aktuelle Aspekte, Vortrag von Ludwig Elm (MdB Jena), am 19.4. um 18 Uhr, im Landesbüro.

Wer an einer Welt des Friedens und der Freiheit mitbauen will, wer sich aktiv gegen Neofaschismus, Rassismus und Krieg einsetzt, sollte Mitglied in der VVN-Bund der Antifaschisten werden.

- ☐ Ich möchte mehr über die VVN-Bund der Antifaschisten wissen.
- ☐ Ich bin bereit, einzelne Aktionen zu unterstützen und möchte informiert werden.
- ☐ Ich möchte in die VVN-BdA eintreten.

Mich interessieren vor allem folgende Schwerpunkte:

- ☐ Einwanderer und Flüchtlinge
- ☐ Neofaschismus
- ☐ Frieden
- ☐ Geschichtsforschung
- ☐ Erinnerungsarbeit

Name, Vorname ____________
Straße ____________
PLZ, Ort ____________
Telefon ____________
Geburtsdatum, Ort ____________
Beruf ____________
Bremen, den ____________
Unterschrift ____________

Bitte einsenden an:
VVN-BdA Bremen e.V., Bürgermeister-Deichmann-Str. 26, 28217 Bremen

## Geburtstage im April

| | | |
|---|---|---|
| Georg Gumpert | 3.4., | 81 J. |
| Reni Rafoth | 6.4., | 85 J. |
| Albert Drazewski | 10.4., | 90 J. |
| Georg Gumpert jun. | 11.4., | 62 J. |
| Willy Hundertmark | 16.4., | 88 J. |
| Albert Piosek | 20.4., | 77 J. |
| Thea Drazewski | 21.4., | 83 J. |
| Eva Schaz | 28.4., | 80 J. |
| Johann Reiners | 30.4., | 88 J. |
| Willi Meyer-Buer | 30.4., | 84 J. |

Herzlichen Glückwunsch allen Kameradinnen und Kameraden

Der Landesvorstand

# Chronik April 1945

**„RFSS hat befohlen**

1. Im jetzigen Zeitpunkt des Krieges kommt es einzig und allein auf den sturen, unnachgiebigen Willen an zum Durchhalten.

2. Gegen das Heraushängen weißer Tücher, das Öffnen bereits geschlossener Panzersperren, das Nichtantreten zum Volkssturm und ähnliche Erscheinungen ist mit härtester Maßnahme durchzugreifen.

3. Aus einem Haus, aus dem eine weiße Flagge erscheint, sind alle männlichen Personen zu erschießen. Es darf bei diesen Maßnahmen in keinem Augenblick gezögert werden."

Funkspruch des Kommandeurs der Ordnungspolizei beim Regierungspräsidenten Niederbayern vom 3. April 1945 gegen das Flaggen weißer Fahnen

Am 4. April 1945 starb der amerikanische Präsident Roosevelt

„Die Möglichkeiten, die sich aus dem Tode Roosevelt's für uns ergeben, lassen mich nicht schlafen. Es ist nicht nur ein Gottesgericht, es ist ein Gottesgeschenk."

Aus einem Brief von Reichsfinanzminister Lutz Graf Schwerin v.Krosigk an Joseph Goebbels vom 14. April 1945 über die Aufnahme von Verhandlungen mit den Westmächten.

**„Wir Buchenwalder,**

Russen, Franzosen, Polen, Tschechen, Slowaken und Deutsche, Spanier, Italiener und Österreicher, Belgier und Holländer, Engländer, Luxemburger, Rumänen, Jugoslawen und Ungarn, kämpften gemeinsam gegen die SS, gegen die nazistischen Verbrecher, für unsere eigene Befreiung.

Uns beseelte eine Idee: Unsere Sache ist gerecht – Der Sieg muß unser sein!"

Aus dem Schwur der befreiten Häftlinge des KZ Buchenwald vom 19. April 1945




*Denkmal in Torgau*

25.4.1945 Zusammentreffen von Soldaten der 69. Infanteriedivision der 1. US-Armee und der 58. Gardeschützendivision der Ukrainischen Front auf der Brücke von Torgau, die am 16.6.1994 gesprengt wurde, da der Mittelpfeiler den freien Schiffsverkehr behindere.

**Nun auch ein Leopold-Sinasohn-Weg**

Seit 1988 diskutierte man in der Gemeinde Ritterhude auch über eine dauerhafte Ehrung Leopold Sinasohns. Seit kurzem gibt es nun einen Leopold-Sinasohn-Weg in Platjenwerbe.

**Neue Mahnmale**

Seit dem 9. März 1995 gibt es auf dem Schlachthof eine Gedenktafel für die 245 Sinti, die 1943 von hier nach Auschwitz und Birkenau verschleppt wurden. Zur Enthüllung der Tafel sprachen Ewald Hanstein, Vorsitzender des Bremer Sinti-Vereins, und Kultur-Senatorin Dr. Helga Trüpel.

## Aktivitäten vor dem 8. Mai 95

1.4. um 12 Uhr Antifaschistische Fahrraddemo ab Goetheplatz

9.4. um 15.30 Uhr Konzert von Liedern des Widerstands mit Esther Bejarano in der Schauburg, Vor dem Steintor 114, (Karten zu 18.-/14.- DM im InfoLaden St. Paulistr.10 und im Buchladen Ostertor)

21.4.95 Eröffnung der Ausstellung Strafbataillon 999, „die mit dem blauen Schein" 19.30 Uhr im Foyer Bürgerhaus Gustav-Heinemann (–12.5.95) (Bürgerhaus/ VVN/BdA)

Ausstellung von Rolf Rübsam „8. Mai 45 in Bremen-Nord" (Schulverbund Lesum)

23.4. um 5 Uhr früh, Fahrt nach Buchenwald zum Thema: Für wen wird Geschichte des Antifaschistischen Widerstands heute dargestellt? Karten im InfoLaden St.-Pauli-Str.10 und im Buchladen Ostertor

25.4. um 20 Uhr Kurt Pätzold Buchvorstellung „Polit.Profil Hitlers" Stadtbibl. Schüsselkorb: Befreiung beschränkt auf KZ-Häftlinge? Ende des deutschen Faschismus nach 50 Jahren noch Konsequenzen? Warum am 5. Mai Briefmarken zur „Vertreibung und Verlust der Heimat" und „Zerstörung von Städten"?

27.4.–19.5. Ausstellung Achim in der Stunde Null (18 h Geschichtswerkstatt)

27.4.95 Kommunalkino Vegesack: Seemann und Führer (Dönitz-Legende)

27.4. um 19 Uhr Veganismus, Vegetarismus – Wiedergänger des Faschismus? Villa Ichon Goetheplatz

28.4. um 19 Uhr Geschichtsrevisionismus Villa Ichon Goetheplatz

28. April 1995, Kultursaal der Angestelltenkammer, Vor 50 Jahren, Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus (KgF) Bremen, ein Trümmerhaufen. Noch größer die geistigen Trümmer. Wie waren die Ziele zu erreichen?

Dem Vergessen entreißen – Die Zukunft gewinnen! Der „Aufbau" schrieb das erste Kapitel, (VVN-BdA Bremen e.V., Angestelltenkammer und andere)



## Das Wichtigste

Der Bremer Antifaschist,
Organ der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
Bund der Antifaschisten Bremen e.V.

Wir sind regelmäßig erreichbar:

Bürgermeister-Deichmann-Str. 26
28217 BREMEN
Tel.: 0421/382914 - Fax: 0421/382918

montags bis freitags 15.30 – 18.30 Uhr

Dringend benötigt:
Spenden für unsere Arbeit

Die Sparkasse in Bremen
(BLZ 290 501 01), Kto.-Nr. 103 1913

Anmeldungen für alternative Stadtrundgänge auch direkt unter (0421) 611262

Mitgliederöffentlich tagt
montags von 18.00 – 19.00 Uhr
der Geschäftsführende Vorstand,

jeden 4. Montag im Monat
von 18.00 – 20.30 Uhr
der Landesvorstand

jeden 2. oder 3. Mittwoch
im Monat von 16.00 – 18.00 Uhr:
Mahnwache
vor der Bremer Bürgerschaft

Redaktionsschluß: am 10. des Monats

V.i.S.d.P.:
Willy Hundertmark (Ehrenvorsitzender)